

# Beschlussvorlage



Landeshauptstadt  
Mainz

öffentlich		Drucksache Nr. 0512/2023
Amt/Aktenzeichen 61/68	Datum 05.04.2023	TOP

Behandlung im Stadtvorstand gem. § 58 (3) S. 2 i. V. m. 47 (1) S. 2 Nr. 1 GemO am 18.04.2023			
Beratungsfolge Gremium	Zuständigkeit	Datum	Status
Verkehrsausschuss	Vorberatung	03.05.2023	Ö
Stadtrat	Entscheidung	17.05.2023	Ö

<b>Betreff:</b> Antrag 1358/2019/3 Einführung eines 365-Euro-Jahrestickets (CDU)
Dem Oberbürgermeister und dem Stadtvorstand vorzulegen  Mainz, 11.04.2023  gez. Steinkrüger  Janina Steinkrüger Beigeordnete
Mainz, 27.04.2023  gez. Haase  Nino Haase Oberbürgermeister

## Beschlussvorschlag:

Der **Verkehrsausschuss** empfiehlt, der **Stadtrat** beschließt, den Antrag 1358/2019/3 der CDU für erledigt zu erklären.

## Sachverhalt

### 1. Sachverhalt

Der Antrag wurde zu einer Zeit gestellt, zu der vielerorts erkannt wurde, dass die notwendige Verkehrswende nur mit einer erheblichen –auch finanziellen- Attraktivitätssteigerung des ÖPNV vorangetrieben werden kann. Andererseits stand die Diskussion über tariflich spürbare Erleichterungen wegen des großen finanziellen Ausgleichsbedarfs und wegen organisatorischer Herausforderungen auch unter erheblichen Vorbehalten. Bei der gedanklichen Auseinandersetzung mit einem 365€-Ticket war neben der notwendigen vollständigen Abfederung einer Tarifabsenkung aus dem städtischen Haushalt auch die Einbindung des Mainzer ÖPNV-Gebiets in die RMV-Tarifstruktur ein Thema.

Dennoch hat die Mainzer Verkehrsgesellschaft bereits einige Schritte in die richtige Richtung unternommen und bietet seit geraumer Zeit das Seniorenticket Hessen und für Schülerinnen und Schüler sowie Azubis die „CleverCard“ an. Mit der vergünstigten, persönlichen Monatskarte für Inhaber/-innen des „MainzPasses“, die zu einem Preis von 30 € erhältlich ist, wurde eine weitere deutliche Tarifentlastung erreicht.

Eine allgemeine flächendeckende Tarifentlastung konnte jedoch bislang aufgrund fehlender Finanzierungsmöglichkeiten für die Einnahmeausfälle noch nicht angegangen werden.

### 2. Lösung

Wie bekannt, startet zum 01.05.2023 das Deutschland-Ticket, das zu einem monatlichen Abo-Preis von 49 € die bundesweite Benutzung sämtlicher Nahverkehrsangebote ermöglicht. Wenn gleich sich hieraus ein Jahrespreis von 588 € ergibt, stellt das neue Tarifangebot im Vergleich zum derzeitigen Jahreskartenpreis von rund 855 € angesichts der wesentlich größeren Nutzungsoptionen eine sehr attraktive Alternative zu einem lokal begrenzten 365 €-Ticket dar. Hinzu kommt, dass das vergünstigte Tarifangebot ohne Beiträge aus dem städtischen Haushalt bereitgestellt werden kann.

Von daher vertritt die Verwaltung die Auffassung, dass mit dem Deutschland-Ticket das mit dem Antrag verfolgten Ziel, nämlich die Attraktivität des ÖPNV durch tarifliche Entlastung zu steigern, sehr weitreichend entsprochen wird. Weitergehende tarifliche Maßnahmen würden den städtischen Haushalt belasten, ohne das eigentliche Angebot zu verbessern. Insbesondere wäre ein preislich unter dem Deutschland-Ticket liegender Tarif eine schwer abbildbare Sonderlösung innerhalb der bundesweit geltenden Tarifstruktur. Von daher schlägt die Verwaltung vor, den Antrag für erledigt zu erklären.

### 3. Analyse und Bewertung geschlechtsspezifischer Folgen

Keine

### 4. Auswirkungen auf den Klimaschutz

Auch ohne die Umsetzung eines 365€-Ticket ergibt sich mit dem Deutschland-Ticket ein sehr förderlicher Effekt für eine umweltverträgliche Mobilität.

## Finanzierung

ja, Stellungnahme des Amtes 20 (Anlage 1)

nein